**Deutscher Bundestag**
**8. Wahlperiode**

**Drucksache 8/1931**
16. 06. 78

# Fragen

## für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

**am Mittwoch, dem 21. Juni 1978**
**am Donnerstag, dem 22. Juni 1978**

---



Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (02221) 363551

## A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

### Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Bundeskanzler Schmidt für einen Sammelband unter dem Titel „Zwischenbilanz" (der deutsch-sowjetischen Beziehungen) des DKP-beeinflußten Kölner Verlags Pahl-Rugenstein einen Beitrag geliefert hat, der gemeinsam mit Arbeiten des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies und des Chefs der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Boris Ponomarjow, erscheint?

2. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Veröffentlichung des Bundeskanzlers in einem Verlag, der nach Auskunft des „Verfassungsschutzberichts 1976" zu der auf Initiative der DKP gegründeten und von ihr gesteuerten „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler" – Vorsitzender Erich Mayer, Mitglied des Parteivorstands der DKP – gehört, die periodische Schriften und Literatur für alle „Kampf- und Aufgabenfelder" der DKP, ihrer Neben- und der von ihr beeinflußten Organisationen herausgibt?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

3. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Trifft es zu, daß Rumänien der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Vorstellungen entwickelt hat, die darauf hinauslaufen, das VFW-Fokker 614 – Programm selbständig weiterzuführen, ohne daß personelle und finanzielle Risiken für die Firma Fokker entstehen sollen, und wenn ja, wie steht die Bundesregierung dazu?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

4. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der laut „Berliner Extra Dienst" abgebliche „Reichsführer der NSDAP" und der Herausgeber des neonazistischen Pamphlets „Wille und Weg", Wilhelm Wübbels, trotz seiner Aktivitäten immer wieder mit einem Pkw auf Transitstrecken nach Berlin fährt, ohne daß er bei der Ein- oder Ausreise bzw. bei der Durchreise von DDR-Organen zurückgewiesen wurde noch sonstwie bisher erkennbare Schwierigkeiten hatte?

5. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung gestattet, daß Mitarbeiter der „DDR"-Vertretung mit den am 12. Juni 1978 in einem Flugzeug aus der „DDR" geflüchteten Personen Kontakt aufzunehmen, und wenn ja, aus welchen Gründen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

6. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Wie wird sich die Bundesregierung zu dem von Niedersachsen als Gesetzesinitiative im Bundesrat eingebrachten Vorschlag stellen, nach dem Schüler der Klassen 10 im Berufsgrundbildungsjahr und in der Berufsfachschule ab Schuljahr 1978/79 Leistungen nach dem BAföG erhalten können?

## Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

7. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Sinne des gemeinsamen Begehrens der vier norddeutschen Küstenländer auf eine Erweiterung des deutschen Anteils am EG-Meer über den äußerst ungünstigen Festlandsockelbereich, den sogenannten Entenschnabel, hinaus hinzuwirken?

8. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung im Rahmen ihrer auswärtigen Kulturpolitik mit der Auffassung der Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik, Drucksache 7/4121, überein, wonach es auch in Zukunft notwendig sein wird, bei der Arbeit im Ausland die Tatsache einer gemeinsamen nationalen Kultur (Seite 15, Nummer 58) zu betonen?

9. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Geht die Bundesregierung davon aus, daß in ihrer auswärtigen Kulturpolitik die Darstellung der nationalen deutschen Kultur als gemeinsame Aufgabe zusammen mit der DDR verwirklicht werden kann?

10. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine Zusammenarbeit in der auswärtigen Kulturpolitik mit der DDR überhaupt für möglich, solange die DDR einen kulturellen Alleinvertretungsanspruch geltend macht?

11. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Anspruch der DDR, sich als einzige Vertreterin der wahren deutschen Kulturtradition zu sehen, und wie begegnet die Bundesregierung dieser Politik?

12. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung es als Bestandteil ihrer auswärtigen Kulturpolitik an, den Schriftstellern und Künstlern, die aus der DDR ausgebürgert wurden oder sie auf andere Weise verlassen haben, als Vertreter der deutschen nationalen Kultur im Ausland Darstellungsmöglichkeiten zu bieten?

13. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die DDR in Drittländern gegen die außenkulturpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung in aggressiver Form agiert und in ernsthafter Form zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland bei Regierungen in Drittländern interveniert hat, und wie verhält sich die Bundesregierung in solchen Fällen?

14. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Stipendienangebote der DDR, die diese im vergangenen Jahr nach dem ersatzlosen Wegfall der Stipendien des DAAD den ausgeladenen Stipendiaten zum Ausgleich angeboten hat, von diesen angenommen worden sind?

15. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung gegebenenfalls im Rahmen ihrer auswärtigen Kulturpolitik in Zukunft auf Grund der in diesem Fall gemachten Erfahrungen davon absehen, kurzfristig Mittelkürzungen vorzunehmen, die es der DDR ermöglichen, diese Lücke auszufüllen?

16. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Rahmen ihrer auswärtigen Kulturpolitik die Aktivitäten der DDR-Organisation „Neue Heimat“, die sich offenbar mit erheblichen finanziellen Mitteln bemüht, in vielen Teilen der Welt die ausländischen Staatsbürger deutscher Herkunft für ihre politischen Ziele zu gewinnen?

17. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Aktivitäten entfaltet die DDR nach Kenntnis der Bundesregierung gegenüber deutschen und deutschstämmigen Bürgern in den einzelnen Ostblockstaaten?

18. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist die während der Posener Messe genannte Zahl der Verschuldung Polens gegenüber der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von rund sechs Milliarden DM richtig, und in welchem Zeitraum wird diese Verschuldung gegebenenfalls abgetragen werden?

19. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Ist es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung richtig, daß Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die als Campingreisende in die Volksrepublik Polen einreisen, heute wie Reisende bei Verwandtenbesuchen und Hotelreisende einheitlich 30 DM pro Tag und Person tauschen müssen, wann hat gegebenenfalls die bisherige Regelung für Campingreisende (13 DM pro Tag) geendet, und was ist der Bundesregierung als Begründung für diese die Bürger der Bundesrepublik Deutschland belastende Neuregelung bekannt?

20. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß heute noch Campingtouristen aus anderen Staaten Westeuropas demgegenüber nur 5 Dollar und bei Verwandtenbesuchen und bei Unterkunft im Hotel nur 12 Dollar eintauschen müssen, und was hat die Bundesregierung gegebenfalls unternommen, um diese Diskriminierung von Reisenden aus der Bundesrepublik Deutschland durch die Volksrepublik Polen zu verhindern oder zu beenden?

21. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

In welcher Weise ist die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler anläßlich seines bevorstehenden Besuchs in Sambia bereit, auf die sambische Regierung einzuwirken, die wiederholten völkerrechtswidrigen Angriffe, zum Teil von Zivilflugzeugen aus, zum Teil durch Artilleriebeschuß von sambischem Gebiet aus, auf nichtmilitärische Ziele in Rhodesien, wie etwa die Touristenhotels an den Victoria-Fällen, bei denen auch deutsche Touristen gefährdet werden, unverzüglich und unwiderruflich einzustellen?

22. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die bereits 1951 vertretene Auffassung des jetzigen deutschen Richters am Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen in Den Haag, Prof. Mosler, daß die UN-Menschenrechtserklärung vom 10. Dezember 1948, die in ihrem Artikel 13 Nr. 2 ausdrücklich die

Ausreisefreiheit als Menschenrecht stipuliert, geeignet ist, „menschenrechtliche Grundsätze infolge ihrer Anerkennung durch die überwältigende Mehrheit der Rechtsgenossen der Völkerrechtsordnung zum Bestandteil der allgemeinen Regeln des Völkerrechts werden zu lassen" (Mosler „Die Menschenrechte in christlicher Sicht" 1953, Seite 45)?

23. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Rechtslehrer Verdross und Simma („Universelles Völkerrecht" 1976, Seite 600), „daß die ursprünglich nicht rechtsverbindliche UN-Menschenrechtserklärung durch spätere zustimmende Erklärungen der Staaten völkerrechtlich verbindlich geworden ist" und zwar in Übereinstimmung mit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 21. Juni 1971 betreffend Namibia und der Rede des amerikanischen Präsidenten Carter vom 17. März 1977 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen?

24. Abgeordneter **Amrehn** (CDU/CSU)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Beteiligung und Ausbildungshilfe der „Nationalen Volksarmee" in Angola, Kongo/Brazzaville und Guinea vor?

25. Abgeordneter **Amrehn** (CDU/CSU)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Einmischung des DDR-Staatssicherheitsdienstes in Angola und Mozambique vor?

26. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, parallel zu den Forderungen des Weltwährungsfonds auch bei der Gewährung deutscher Entwicklungshilfe an Sambia diese Hilfe mit der Bedingung zu verknüpfen, daß das Verteidigungsbudget der wirtschaftlich notleidenden sambischen Regierung drastisch reduziert wird?

27. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, lediglich zu friedlichen Zwecken nutzbare Entwicklungshilfe an Sambia mit dem Ziel und der Bedingung zu leisten, daß Sambia sich von der friedensgefährdenden Einwirkung der Sowjetunion und ihrer Satelliten wie Kuba und Ost-Berlin löst?

28. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Aktivitäten der Ost-Berliner „Nationalen Volksarmee" und des Ministeriums für Staatssicherheit in Äthiopien und Südjemen vor?

29. Abgeordneter **Klein (München)** (CDU/CSU)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über Waffentransporte durch Frachterkonvois auf „DDR"-Schiffen nach Äthiopien, Mozambique und Angola vor?

30. Abgeordneter **Klein (München)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, in kürzester Frist eine friedliche Lösung für Südwestafrika/Namibia unter den von ihr und den anderen Westmächten vorgeschlagenen Bedingungen, die von der Republik Südafrika angenommen worden sind, zustandezubringen, selbst wenn die SWAPO diesem Vorschlag nicht zustimmt?

31. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß der wirtschaftliche Boykott gegen Rodesien insbesondere im Interesse der schwarz-rhodesischen Bevölkerung und einer friedlichen Entwicklung des Landes aufgehoben wird?

32. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

In welcher Weise ist die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler anläßlich seines bevorstehenden Besuchs in Sambia bereit, auf die sambische Regierung einzuwirken, daß der Heckenschützenkrieg rhodesischer Terroristen von sambischem Territorium aus, der sich insbesondere gegen wehrlose schwarz-rhodesische Afrikaner richtet, unverzüglich eingestellt wird?

33. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, gemäß der Äußerung von Bundesaußenminister Genscher anläßlich der letzthin erneut durchgeführten Ermordung europäischer Missionare in Rhodesien, der Teufelskreis von Gewalt müsse endlich durchbrochen werden, all ihr politisches Gewicht in die Waagschale zu legen, um insbesondere im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, der Atlantischen Allianz und sämtlichen für Freiheit und Frieden einstehenden Nationen darauf hinzuwirken, daß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln weitere Mordanschläge dieser und ähnlicher Art durch marxistische schwarzafrikanische Terroristen unterbunden werden?

34. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die interne friedliche Lösung in Rhodesien, welche die bereits in Genf vorgetragenen amerikanischen Forderungen erfüllt, als Grundlage für eine friedliche Regelung der Rhodesien-Frage zu unterstützen?

35. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei innerdeutschen Gesprächen darauf hinzuwirken, daß von der „DDR" nicht weitere den Weltfrieden gefährdende Maßnahmen durch Ausbildung schwarzafrikanischer Terroristen der SWAPO, ZAPU und ZANU in Ausbildungslagern fortgesetzt sowie Lieferungen von Waffen und Munition an diese Terrororganisationen unternommen werden?

36. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Auf welche Weise ist die Bundesregierung bereit, die begrüßenswerte Haltung Frankreichs zur Sicherung der Freiheit und des Friedens für die schwarze und weiße afrikanische Bevölkerung in Afrika zu unterstützen?

37. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch in ihren Antworten vom 14./15. Juni 1978 auf meine Anfragen betreffend OTRAG-Rakete und Panzerabwehrrakete Milan, daß bei einem Export von Teilen der Panzerabwehrrakete Milan nach Frankreich eine Kontrolle des Endverbleibs nicht möglich sei, daß aber beim Export von Raketenteilen für zivile Zwecke nach Zaire eine „klare Kontrolle" sichergestellt sei, und welche Konsequenzen sind für eine unzweideutige Regelung notwendig?

38. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Bewertet die Bundesregierung Proteste der Regierung Israels und der Regierungen afrikanischer Staaten gegen die Beteiligung deutscher Firmen an der Produktion von Raketen, die diese Regierungen als gegen die militärische Sicherheit ihrer Länder gerichtet sehen, als Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus?

39. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Welche Waffen (auch nukleare) und welche Truppen bzw. paramilitärische Verbände und Organisationen aus dem Bereich des Warschauer Pakts sind nicht in die MBFR-Verhandlungen einbezogen?

40. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

In welchen Ländern des Warschauer Pakts trifft dies zu, wie stark sind diese Verbände und mit welchen Waffen sind diese ausgerüstet?

41. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Menschenrechte werden nach den Erkenntnissen der Bundesregierung von den Behörden der Republik Malta verletzt, und was hat die Bundesregierung in Gesprächen mit der an der KSZE-Schlußakte von Helsinki beteiligten Regierung von Malta unternommen oder wird sie unternehmen, um die Beendigung der menschenrechtsverletzenden Maßnahmen zu erreichen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

42. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Treffen Berichte einzelner Reisender in die CSSR zu, daß die Grenzabfertigung auf tschechischer Seite in letzter Zeit ständig schleppender vollzogen wird, so daß ohne ersichtlichen Grund Wartezeiten von sechs und mehr Stunden in Kauf genommen werden müssen, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf eine generelle Beschleunigung der Abfertigung an dieser Grenze hinwirken zu können?

43. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesinnenminister den zuständigen Hauptpersonalrat von der beabsichtigten Verlegung der Abteilung TE des Bundeskriminalamts von Bonn nach Wiesbaden erst zu einem Zeitpunkt unterrichtet hat, als dieser bereits aus der Presse informiert war?

44. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Wie ist gegebenenfalls nach Auffassung der Bundesregierung ein solches Vorgehen mit der Pflicht, die Personalvertretung „zur Durchführung ihrer Aufgaben rechtzeitig und umfassend zu unterrichten" (§ 68 Abs. 2 des Bundespersonalvertretungsgesetzes), zu vereinbaren?

45. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung auf Grund der durch den „Höcherl-Bericht" bekanntgewordenen Fahndungsfehler nach dem Rücktritt des Bundesinnenministers Dr. Maihofer auch die Leitung des Bundeskriminalamts in Wiesbaden einer anderen Führungs- und Fachkraft anzuvertrauen?

46. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung konkrete Angaben darüber machen, wann der Verfassungsschutzbericht 1977 des Bundesinnenministers erscheint, nachdem die entsprechenden Berichte der Länderinnenminister zum Teil bereits seit vielen Wochen der Öffentlichkeit vorliegen?

47. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, und kann sie jüngst veröffentlichte Presseberichte bestätigen, daß zumindest einige rechtsextremistische Akteure und über diese wiederum rechtsextremistische Zirkel unmittelbar oder mittelbar von dritter Seite gelenkt oder beeinflußt werden?

48. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wenn der Bundesregierung derartige Erkenntnisse nicht vorliegen, ist sie dann bereit, entsprechende Recherchen einzuleiten bzw. sich eventuell bei Behörden der Bundesländer bereits vorliegende Informationen zu beschaffen?

49. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung nun tatsächlich jüngst veröffentlichte Presseberichte, unter anderem in der „Kölnischen Rundschau" vom 24. Mai 1978, über „20 Rechtsextremisten rüsten sich zum Terror – Nach dem Vorbild der RAF", die gleichfalls laut „Kölnische Rundschau" vom 25. Mai 1978 vom Bundesinnenministerium „vollinhaltlich" bestätigt, nach einer am 27. Mai 1978 veröffentlichten Meldung der Nachrichtenagentur ddp vom selben Bundesministerium jedoch dementiert worden seien?

50. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung in jüngster Zeit veröffentlichte Presseberichte bestätigen, nach denen einige hinreichend bekannte Neonazis in der Bundesrepublik Deutschland als „Wirrköpfe", „Spinner", „Rowdies", „Politrocker" oder „Hitlers Harlekine" zu bezeichnen sind und daß einige neonazistische Akteure früher in kommunistischen bzw. kommunistisch beeinflußten Organisationen tätig gewesen sind?

51. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie ist der gegenwärtige Genehmigungsstand beim SNR 300 in Kalkar, wird die TEG 7/3 noch im Juni und die TEG 7/3.1 noch im September 1978 erteilt, oder sind weitere Verzögerungen im Genehmigungsverfahren zu erwarten?

52. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der „DDR", Bestände der Stiftung Preußischer Kulturbesitz nach Ost-Berlin zu überstellen?

53. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Ist die nachahmenswerte Streichung eines Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium damit zu erklären, daß die Aufgaben des Bundesministeriums zurückgegangen sind oder damit zu begründen, daß das Bundesministerium auf der Ebene der Staatssekretäre bisher überbesetzt war?

54. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Will die Bundesregierung alles tun, um die von der jugoslawischen Regierung geforderte Auslieferung von acht Kroaten zu verhindern, die zuständigen Gerichte die Gründe wissen zu lassen, die gegen eine Auslieferung sprechen und der jugoslawischen Regierung mitteilen, daß zwischen den in Jugoslawien inhaftierten deutschen Terroristen und den acht Kroaten kein Kompensationsgeschäft möglich ist?

55. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Verfassungsschutz die Anweisung zu erteilen, wonach keine vagen Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers im öffentlichen Dienst weitergegeben werden dürfen, wie das Berliner Oberverwaltungsgericht jetzt festgestellt hat, sondern nur solche Tatsachen, „die den Schluß einer verfassungsfeindlichen die demokratischen Freiheiten zielstrebig untergrabenden Hetze oder eines tätlichen Angriffs zuverlässig tragen", da die Verfassung es nicht dulde, politische „Außenseiter ins gesellschaftliche Abseits zu drängen und hinter einem Stacheldraht des Verdachts verschwinden zu lassen"?

56. Abgeordneter **Sieglerschmidt** (SPD)

Trifft es zu, daß Dr. Otto von Habsburg mit Zustimmung des Bundesinnenministers die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat, ohne die österreichische Staatsangehörigkeit zu verlieren, obwohl in der Einbürgerungspraxis der Bundesrepublik Deutschland, die unter anderem auch auf den Grundsätzen des Europäischen Übereinkommens zur Verminderung der Fälle von Doppelstaatsangehörigkeit beruht, dessen Vertragspartei die Bundesrepublik Deutschland seit 18. Dezember 1969 ist, die Einbürgerung grundsätzlich nur ausnahmsweise genehmigt wird, wenn der Bewerber nicht vorher seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgibt, und wenn ja, welche besonderen Gründe waren maßgeblich, um im Falle des Dr. Otto von Habsburg von dem Grundsatz der Vermeidung von Doppelstaatsangehörigkeit abzuweichen?

57. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß im Einbürgerungsfall Dr. Otto von Habsburg vor der Zuerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit eine Abstimmung zwischen dem bayerischen Staatsministerium des Innern und dem Bundesinnenministerium sowie dem Auswärtigen Amt geboten gewesen wäre, und hätte ein derartiges Verfahren der Abstimmungspraxis in vergleichbaren Fällen (z. B. außenpolitische Bedeutung, Doppelstaatsangehörigkeit) entsprochen?

58. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Hält die Bundesregierung die zwischen Bund und Ländern abgestimmten Einbürgerungsrichtlinien vom Juli 1977 für eine ausreichende Grundlage, um die einheitliche Einbürgerungspraxis zu sichern, oder strebt die Bundesregierung eine bessere rechtliche Absicherung des Abstimmungsverfahrens zwischen Bund und Ländern bei Einbürgerungsanträgen an, die als sogenannte Problemfälle zu betrachten sind?

59. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Inwiefern bedrohen nach Auffassung der Bundesregierung Briefträger und Lokomotivführer, die Mitglieder der DKP sind, unsere Verfassung?

60. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der letzten Zeit verstärkt Zeitschriften mit nationalsozialistischem Gedankengut auf den Markt kommen, daß aber nach Angaben des Bundeskriminalamts z. B. wegen der „Sonderhefte" der John-Jahr-Verlags-KG mit positiven Darstellungen des „Dritten Reiches" bisher im gesamten Bundesgebiet weder Beschlagnahme- noch Einziehungsbeschlüsse oder Verurteilungen bekannt geworden sind?

61. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Polizei der Zugriff zu solchen Veröffentlichungen dadurch erschwert ist, daß sie unter dem Deckmantel von „Dokumentationen" oder „wissenschaftlichen Untersuchungen" herausgegeben werden, und hält die Bundesregierung gesetzgeberische Maßnahmen für notwendig, um zu verhindern, daß derartige Publikationen weiterhin verbreitet werden?

62. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Nach welchen auf eine Organisation bzw. Partei bezogenen Kriterien beurteilt die Bundesregierung, ob eine Partei verfassungsfeindlich ist oder ob gegen sie der Verdacht der Verfassungswidrigkeit gemäß Artikel 21 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes besteht?

| | |
|---|---|
| 63. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU) | Trifft die im Teil I des „Höcherl-Berichts" unter Nummer 6.3.8 getroffene Feststellung zu, durch ein aus den Beratungen der politischen Gremien hervorgegangenen Entscheidung, einen großen „Exekutivschlag" vorzubereiten, sei „bei den unteren Polizeibehörden die Klarheit über die Fahndungsziele verwirkt" worden, und wie sind bejahendenfalls die Ausführungen des Bundeskanzlers in der Debatte vom 15. Juni damit zu vereinbaren? |
| 64. Abgeordneter **Hansen** (SPD) | Hält es die Bundesregierung für rechtmäßig, daß im Verantwortungsbereich der Bundesregierung eine Behörde nach §§ 4 und 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes eine andere Behörde um Amtshilfe ersucht und damit ein Verbot umgeht, das ihr ein bestimmtes Vorgehen aus eigenem Recht untersagt? |
| 65. Abgeordneter **Hansen** (SPD) | Was will die Bundesregierung tun, um die Gefahr zu beseitigen, daß durch die Amtshilfe des Bundesgrenzschutzes für das Bundesamt für Verfassungsschutz beim „Erfassen bestimmter Erkenntnisse bei der grenzpolizeilichen Kontrolle" die Bestimmung in § 3 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes umgangen wird, nach der dem Verfassungsschutz unbestritten eigene Eingriffsrechte untersagt sind? |

## Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

| | |
|---|---|
| 66. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung im Hinblick auf die beabsichtigte Normierung der Umsatzsteuerfreiheit von Verwaltungsgebühren für Sondervermögen (Drucksache 8/1779, VStG 1979 § 4 Ziff. 8 h) bereit, in einer Anweisung an die Finanzverwaltung klarzustellen, daß diese Steuerfreiheit auch schon im geltenden Recht gegeben ist? |
| 67. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs, der im SPD Pressedienst aus Vergleichsprozentzahlen über Steueranteile von Körperschaftsteuer, Einkommen- und Lohnsteuer schließt, daß Forderungen der Wirtschaft auf weitere Steuerentlastungen ungerechtfertigt seien, und wenn ja, hat die Bundesregierung dabei berücksichtigt, daß der Zuwachs der Lohnsteuer auch darauf zurückzuführen ist, daß wesentliche Beträge bei der Einkommensteuer erstattet werden, die vorher als Lohnsteuer gezahlt wurden und daß immer mehr Einkommensbezieher in unselbständige Berufe flüchten und damit Lohnsteuerzahler werden? |
| 68. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Gewinne der Körperschaften einem gleichbleibenden Steuersatz unterworfen sind und daher keine tariflichen Progressionssteigerungen bei der Körperschaftsteuer zu Buche schlagen können? |
| 69. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU) | Treffen Meldungen zu, daß die Bundesregierung den Vorschlägen der Berlin-Kommission beim Bundespräsidenten in monetärer Hinsicht mit Bedenken gegenübersteht? |

| | | |
|---|---|---|
| 70. | Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU) | Worauf sind die Widerstände gegebenenfalls im einzelnen zurückzuführen, und wie stehen sie im Einklang mit den wiederholten Aussagen des Bundeskanzlers, sich für Berlin vorrangig einsetzen zu wollen? |
| 71. | Abgeordneter **Peiter** (SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, welche Bundesländer Wirtschaftsunternehmen in Räumen, die in der Gemeinschaftsaufgabe „Programm zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" als förderungswürdig ausgewiesen sind, Grunderwerbsteuerbefreiung erteilen? |

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| | | |
|---|---|---|
| 72. | Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD) | Hält es die Bundesregierung angesichts der wachsenden Kritik der landwirtschaftlichen Tierhalter an den Kennzeichnungsvorschriften im Futtermittelrecht nicht für möglich, im Rahmen einer Rechtsverordnung vorzuschreiben, daß Mischfutter, dessen Zusammensetzung von den sogenannten Normtypen abweicht, offen deklariert werden muß? |
| 73. | Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD) | Stimmt es, daß tatsächlich interessierte Kreise in Brüssel versuchen, im Rahmen einer Richtlinie des Rates über den Verkehr mit Mischfuttermitteln die sogenannte offene Deklaration zu verbieten, und kann die Bundesregierung bejahendenfalls im Rahmen der Brüsseler Beratungen über eine EG-Richtlinie für Mischfuttermittel eventuell durch die Entsendung neutraler Experten dafür sorgen, daß die im deutschen Futtermittelrecht enthaltene und von der Mehrzahl der landwirtschaftlichen Tierhalter gewünschte offene Gemengteildeklaration auch in Zukunft erhalten bleibt? |
| 74. | Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU) | Stimmt die Bundesregierung meiner Auffassung zu, daß eine Aufnahme der Länder Spanien, Portugal und Griechenland in die EG die jetzt schon bestehenden Schwierigkeiten auf dem Weinmarkt vergrößern wird, und was gedenkt sie zu tun, um den deutschen Weinbau vor Schäden zu schützen? |
| 75. | Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, alle geeigneten Schritte zu unternehmen und welche Möglichkeiten hat sie, um zu verhindern, daß die beitrittswilligen Länder Spanien, Portugal und Griechenland vor Eintritt in die EG ihre Weinbauflächen und ihre Weinproduktion ausweiten? |
| 76. | Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU) | Nach welchen Maßstäben bemißt die polnische Regierung die Summen, die zur Auslösung der Besatzung deutscher Fischkutter mit rund 32 000 DM und mit rund 54 000 DM von der Bundesrepublik Deutschland abverlangt worden sind? |
| 77. | Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß trotz der seit Beginn dieses Monats stark rückläufigen Fleischpreise für den Erzeuger die Preise für den Endverbraucher konstant geblieben sind? |
| 78. | Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD) | Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit darauf hinzuwirken, daß die Niedrigpreise, insbesondere für Schweinefleisch, an den Endverbraucher weitergegeben werden? |

79. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Einfuhr der Mehlmischungen aus Frankreich, für die auf Grund der Warenzusammensetzung keine Währungsausgleichsbeträge erhoben werden können, zu unterbinden?

80. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Wie hoch beziffert die Bundesregierung den aus dieser Manipulation entstandenen Schaden für die deutsche Mühlen- und Getreidewirtschaft?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

81. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um Arbeitsvermittler (auch in den Nebenstellen) der Arbeitsämter dafür auszubilden, daß sie schwerpunktmäßig Behinderte vermitteln und auf deren besondere Probleme eingehen können?

82. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Welche Mitwirkungsmöglichkeiten bestehen bisher für Betriebsräte bei Einstellungen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen?

83. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Welche Mitwirkungsmöglichkeiten bestehen bisher für Personalräte bei Einstellungen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, und ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, wie durch die Mitwirkung von Personalräten bei Einstellungen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die sogenannten Mitnahmeeffekte verringert werden können?

84. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

In welchem Umfang und auf Grund welcher Rechtsvorschriften sind Selbständige in den vergangenen Jahren in den Genuß von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit gekommen?

85. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um die Benachteiligung von ehemaligen Kriegsteilnehmern und Kriegsgefangenen gegenüber anderen Rentnern durch die Bewertung von Ersatzzeiten, vor allem in Härtefällen, auszugleichen?

86. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Warum wurde in den letzten Jahren das Selbstverwaltungsrecht in der Sozialversicherung durch Vereinheitlichung im Vertrags-, Leistungs- und Beitragsrecht immer stärker eingeschränkt, wo doch gerade die Selbstverwaltung das tragende Prinzip einer demokratischen Staatsordnung ist, und gedenkt die Bundesregierung, auch künftig diesen Weg fortzusetzen durch Einengung der Freiräume bei der Gestaltung oder Infragestellung der gegliederten Krankenversicherung über weitere Vereinheitlichung und durch die Ausdehnung der staatlichen Kontrolle, um so schließlich die Voraussetzungen zu schaffen für eine Einheitsversorgung?

87. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Was hat den Bundesarbeitsminister Dr. Ehrenberg in seiner Rede im Deutschen Bundestag am 8. Juni 1978 veranlaßt, der CDU/CSU eine Täuschung der Rentner vorzuwerfen, wenn von ihr nachgewiesen wird, daß entgegen dem bisherigen Rentenrecht durch die Abschaffung der Bruttolohnformel bis zum Jahr 1982 eine Kürzung der Renten von insgesamt 9 v. H. eintritt?

88. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Hat der Bundesarbeitsminister Dr. Ehrenberg bei seinen wiederholten Einlassungen im Deutschen Bundestag, die durchschnittlichen Nettolöhne und Gehälter seien von 1968 bis 1978 um 98 v. H., die Renten jedoch um 124 v. H. gestiegen, bewußt verschwiegen, daß die ungünstigere Nettolohnentwicklung in dieser Zeit u. a. auf die erhöhte Steuer- und Sozialabgabenverpflichtung zurückzuführen ist, und wenn ja, weshalb?

## Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

89. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es angesichts der ständig zunehmenden Akademikerarbeitslosigkeit für verantwortbar, auch Z-Offiziere studieren zu lassen?

90. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Glaubt die Bundesregierung, die aus der Bundeswehr ausgeschiedenen Z-Offiziere, die ein Studium an den Hochschulen der Bundeswehr absolviert haben, angesichts der hohen Arbeitslosenquoten im pädagogischen und im Ingenieurbereich in den Staatsdienst bzw. in die Wirtschaft integrieren zu können?

91. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung, der Aufforderung des Haushaltsausschusses vom 15. Dezember 1977 folgend, diesem Ausschuß über den Verwaltungskostenzuschlag bei der Gemeinschaftsverpflegung der Bundeswehr berichten, damit dieser seinen Beschluß vom 5. Mai 1977 endlich aufheben kann, wie es sowohl vom Verteidigungsausschuß und allen Fraktionen des Deutschen Bundestages als auch vom Bundesverteidigungsministerium gewünscht wird?

92. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wird die Bundesregierung beim Programm für den Informationsbesuch des Bundesverfassungsgerichts bei der Bundesmarine anläßlich der „Kieler Woche" auch die Besichtigung von Einrichtungen, in denen Zivildienstleistende tätig sind, vorsehen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

93. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Freigrenze nach § 88 Abs. 2 Nr. 8 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 1 a der Verordnung hierzu angehoben werden muß, weil sie den wirtschaftspolitischen Änderungen seit ihrer Einführung vor rund 20 Jahren nicht mehr gerecht wird?

| | |
|---|---|
| 94. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung insbesondere der Auffassung, daß dieser Freibetrag von 1 500 DM, der vor allem gedacht ist als Anteil an den Bestattungskosten sowie für Grab und Grabmal, angesichts der gestiegenen Kosten in diesem Bereich auf 5 000 DM zuzüglich eines Betrags von 1 000 DM für jede Person, die vom Hilfesuchenden überwiegend unterhalten wird, angehoben werden sollte, und wird sich die Bundesregierung für eine entsprechende gesetzliche Regelung einsetzen? |
| 95. Abgeordneter **Jaunich** (SPD) | Liegen der Bundesregierung über den Umfang der Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen gegen Krebs Zahlenangaben vor, und wie beurteilt die Bundesregierung in Anbetracht der Pressemeldungen, die von solchen Vorsorgeuntersuchungen abraten, die Früherkennungsuntersuchungen? |
| 96. Abgeordneter **Jaunich** (SPD) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie man die Motivation zur Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen gegen Krebs verbessern kann? |

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

| | |
|---|---|
| 97. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU) | Entsprechen nach der Beurteilung der Bundesregierung katalytische Abgasreinigungssysteme für Kraftfahrzeuge dem Stand der Technik, und ist es gegebenenfalls geboten, diese Maßnahme zur Emissionsminderung im Rahmen der Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes einzuführen, und auf welche Weise sollte dies praktisch geschehen? |
| 98. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU) | Auf welche Gutachten und Kosten-Nutzen-Berechnungen hat sich Bundesverkehrsminister Gscheidle abgestützt, als er laut „Heilbronner Stimme" vom 22. Mai 1978 den Bau der Neckar-Alb-Autobahn aus verkehrlicher Sicht als „dringende Notwendigkeit" bezeichnete? |
| 99. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU) | Weshalb wurden auf Bahnstrecken, die derzeit nur noch von Eilzügen und D-Zügen bedient werden, die Verkehrsanlagen auf den stillgelegten Bahnhöfen und Haltepunkten ausgebaut, und wie hoch waren die durchschnittlichen Kosten des Ausbaus dieser Anlagen für einen Bahnhof? |
| 100. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU) | Konnten die ausgebauten Anlagen ganz oder teilweise anderweitig verwendet werden? |
| 101. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU) | Trifft es zu, daß trotz der grundsätzlichen Zuständigkeit des Bundes nach § 35 Abs. 2 des Bundeswasserstraßengesetzes und der vom Bundesverkehrsminister seit langem anerkannten Notwendigkeit dieser Maßnahme bis heute kein Feuerlöschboot auf der Unterelbe bei Cuxhaven stationiert worden ist, und wenn ja, wie ist dies nach Auffassung der Bundesregierung zu erklären und zu rechtfertigen? |

| | |
|---|---|
| 102. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung sich wegen der Sicherheit des Schiffsverkehrs und auch zur wichtigen Information anderer Bereiche für die Beibehaltung der täglichen Wasserstandsmeldungen im gemeinsamen Hörfunkprogramm von WDR und NDR einsetzen, die beabsichtigen, ab 1. Juli 1978 diese Durchsagen zu streichen? |
| 103. Abgeordneter **Dr. Schwarz-Schilling** (CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung auf das an den Bundesverkehrsminister dringend gerichtete Ersuchen des Magistrats der Stadt Büdingen vom 14. Oktober 1975, federführend für die Gemeinden Altenstadt, Echzell, Gedern, Glauburg, Hirzenhain, Kefenrod, Limeshain, Nidda, Ortenberg, Ranstadt und Schotten den Bau eines Autobahnteilstücks von der A 45 im Raum Altenstadt über Bad Vilbel nach Frankfurt sowie später die Fortführung dieses Teilstücks über Lauterbach – Schlitz auf die E 70 zu beschließen, geantwortet, sowie die vorliegenden Überlegungen in ihrer Verkehrsplanung berücksichtigt, und wenn ja, in welcher Form und mit welchen Terminvorstellungen? |
| 104. Abgeordneter **Dr. Schwarz-Schilling** (CDU/CSU) | Ist die Landesregierung Hessen in der gleichen Angelegenheit bei der Bundesregierung vorstellig geworden? |
| 105. Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, dem übereinstimmenden Protest der IC-Zugreisenden Rechnung zu tragen und auf die Deutsche Bundesbahn einzuwirken, daß der auf Kosten eines ansprechenden Servis derzeit laufende Testversuch mit dem neuen Selbstbedienungsspeisewagen unter Verwendung von Geschirr aus Pappe und Bestecken aus Kunststoff unverzüglich eingestellt wird, da der dem Vernehmen nach bereits eingetretene Umsatzverlust den erstrebten Rationalisierungserfolg mit arbeitspolitisch nicht vertretbaren Personaleinsparungen schon zum Scheitern verurteilt sein dürfte? |
| 106. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU) | Was hält die Bundesregierung von sogenannter Ordnungsmaßnahme zur Sanierung der Deutschen Bundesbahn, wie sie die GdED fordert, und welche Auswirkungen hätten diese Maßnahmen für die Wirtschaft, insbesonders im schon heute sehr frachtkostenbelasteten Zonenrandgebiet? |
| 107. Abgeordneter **Sieler** (SPD) | Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die wesentlichen Ursachen für das Einfahren von Kraftfahrern auf die Gegenfahrbahnen unserer Bundesautobahnen? |
| 108. Abgeordneter **Sieler** (SPD) | Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, diesen erheblichen Gefährdungstatbestand, auch im Hinblick auf den beginnenden Urlaubsverkehr, einzudämmen oder gänzlich zu beseitigen? |
| 109. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU) | Welche Mitwirkungsmöglichkeiten hat der Bund bei den jährlichen Bilanzprüfungen bei den regionalen Verkehrsgesellschaften, und kann darüber eine Aussage gemacht werden, wer für diese Bilanzprüfungen allein verantwortlich ist? |

| | |
|---|---|
| 110. Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, von welchen Grundsätzen sich die Deutsche Bundespost leiten läßt bei der Zusammenlegung von Postämtern auf Stadt- und Gemeindeebene, und welche Leistungszahlen und zeitlichen Vorstellungen für die Entscheidungen über die Auflösung von Postämtern maßgebend sind? |
| 111. Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD) | Auf welche Weise ist sichergestellt, daß durch eine Zentralisierung des Postdienstes insbesondere im ländlichen Raum nicht Einbußen in der Versorgung der dort lebenden Bevölkerung mit Dienstleistungen eintritt? |
| 112. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß erneut Poststellen in ländlichen Regionen aufgehoben werden, wodurch eine Reprivatisierung der Posteinlieferung verbunden mit längeren Wegezeiten sowie eine Kündigung vieler Posthalterverträge, die zur Verminderung von Arbeits- bzw. Verdienstmöglichkeiten ausgerechnet in ungünstigen Arbeitsmarktregionen führt, erfolgt, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen? |
| 113. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU) | Warum erhalten die Fernsprechteilnehmer des Ortsnetzes München nicht mehr wie früher neben dem Amtlichen Fernsprechbuch für München auch das Amtliche Fernsprechbuch für Oberbayern, und ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß auf Grund der engen Zusammenhänge von Bevölkerung und Wirtschaft in München und Oberbayern die ursprüngliche Handhabung wieder hergestellt werden sollte? |
| 114. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU) | Wieviel Omnibusse schafft die Deutsche Bundespost für den Postreisedienst neu an, und in welchen Bereichen werden diese stationiert werden? |

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

| | |
|---|---|
| 115. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU) | Mit welchen Mitteln will die Bundesregierung der für die nähere Zukunft zu erwartenden verstärkten Abwanderung der Bevölkerung aus den ländlich geprägten Gebieten begegnen, die dort nach der „Raumordnungsprognose 1990" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wegen des Fehlens von Arbeitsplätzen einsetzen wird? |
| 116. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel vom 28. Oktober 1976, die ihr empfiehlt, auf ihr raumordnerisches Ziel, zurückgebliebene und ländliche Gebiete durch Vermehrung und Verbesserung der Arbeitsplätze und Bildungsmöglichkeiten vor übermäßiger Abwanderung zu schützen, zu verzichten und Wanderungen aus dem ländlichen Raum in die Verdichtungsräume sogar zu fördern? |

117. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die erkennbaren Folgewirkungen der Standortfestlegung von Kraftwerken im Blick auf Infrastruktur, Wohnwertveränderung, Nutzungsveränderungen (z. B. Erschwerung des Fremdenverkehrs) gemeinsam mit dem jeweiligen Bundesland durch langfristige Vorsorgeplanung und durch die Gewährung finanzieller Hilfen für notwendige Veränderungsinvestitionen aufzufangen?

118. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß mit Mitteln aus dem Regionalprogramm des Bundes geförderte Wohnungen vielfach nicht zur Kostenmiete an den begünstigten Personenkreis vermietet werden können, und ist sie bereit, in diesen die Wirtschaftlichkeit des Objekts gefährdenden Fällen eine Freistellung von der Zweckbindung zuzulassen, ohne daß die dafür gewährten Mittel zurückgezogen werden oder höher zu verzinsen sind?

119. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über bereits wieder auftretende Engpässe in der Wohnungsversorgung besonders in den Ballungsgebieten vor, welche Auswirkungen befürchtet die Bundesregierung daraus auf die allgemeine Wohnungsversorgung, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um negative Rückwirkungen auszugleichen?

120. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Inwieweit ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung gewährleistet, daß insbesondere im Bereich des sozialen Wohnungsbaus bei mit variablen Zinsen vereinbarten Darlehensverträgen die jetzigen günstigen Kapitalmarktkonditionen an die Mieter weitergegeben werden, bzw. welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß die Mieter auch tatsächlich in den Genuß der gesunkenen Zinsen kommen?

121. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

An welche Möglichkeiten einer stärkeren Anwendung des Erbbaurechts denkt der Bundeswohnungsbauminister konkret, wenn er in der Zeitung „Die Welt“ vom 1. Juni 1978 erklärt, die Bundesregierung sei von dem Modell der Aufspaltung des Grundstückseigentums in ein Nutzungs- und in ein Verfügungseigentum abgerückt, setze sich aber nach wie vor dafür ein, auch das Erbbaurecht stärker anzuwenden?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

122. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Auf welche Erkenntnisse und Untersuchungen bezog sich der Bundesforschungsminister Dr. Hauff, als er laut „Esslinger Zeitung“ vom 17. April 1978 im Hinblick auf den möglichen Bau der Neckar-Alb-Autobahn erklärte, er sei „nicht bereit, diese Planung zu unterstützen“?

123. Abgeordneter **Dreyer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß für die im Jahr 1979 durchzuführende Internationale Verkehrsausstellung in verschiedenen Haushaltstiteln insgesamt 25 Millionen DM für die Demonstration der Magnetschwebebahn

„Transrapid-EMS" vorgesehen sind, und hält die Bundesregierung gegebenenfalls den Aufwand für dieses Projekt mit der Kassenlage des Bundes für vereinbar?

124. Abgeordneter **Dreyer** (CDU/CSU)

Sind nach Kenntnis der Bundesregierung für den Aufbau und den Betrieb einschließlich Personenverkehr die erforderlichen Genehmigungen der zuständigen Behörden bereits erteilt?

125. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung bei der Förderung und Anwendung von Prozeßrechnern, und welche Bedeutung mißt sie der Entwicklung der Programmierungssprache PEARL, die von ihr in erheblichem Umfang gefördert wurde, bei?

126. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Betrachtet die Bundesregierung die vertragliche Wiederaufarbeitungsvereinbarung, wie die vom 2. September 1977 zwischen der französischen Wiederaufarbeitungsfirma Cogema und der Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH, als akzeptablen Entsorgungsnachweis, und entsprechen die vertraglichen Vereinbarungen zwischen der DWK und der Cogema diesen Vertragsbestimmungen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

127. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in den Resolutionen des Verbands der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine Unitas (UV) vom 13. Mai 1978 und des Zentralverbands des Kolpingwerks vom 28. Mai 1978 erhobene Forderung, die Entwicklungshilfe an solche Länder auszusetzen, die eine gegen den Frieden zwischen den Völkern gerichtete Politik betreiben und den internationalen Terrorismus unterstützen, sowie nicht einseitig militante und terroristische sogenannte Befreiungsbewegungen als alleinige Vertreter ihrer Völker anzusehen?

128. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Soll aus der Stellungnahme des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur UV-Resolution, daß „wir es hinzunehmen haben, wenn sich souveräne Länder dazu entschließen, den bewaffneten Kampf zu unterstützen, damit (im südlichen Afrika) die Mehrheit zu ihrem Recht kommt" gefolgert werden, daß solche Entscheidungen souveräner Länder keinen Einfluß auf unsere Entwicklungspolitik zu diesen Staaten haben werden?

129. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit in seiner Stellungnahme zur UV-Resolution, daß „der Prozeß, dessen wir gegenwärtig im südlichen Afrika Zeuge sind, in seinem Ausgang historisch feststeht", und wie sieht dieser „historisch feststehende Ausgang" aus?

130. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Muß die Äußerung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur UV-Resolution, „die Bundesregierung würde verantwortungslos handeln, würde sie nicht frühzeitig direkte Verbindungen aufnehmen mit denen, die in einem unabhängigen Namibia und Zimbabwe politische Verantwortung tragen werden" dahin gehend verstanden werden, daß für sie die SWAPO und Patriotische Front die „Verantwortlichen von morgen" sind?

## B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

### Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Worin sieht die Bundesregierung die „Erschwernisse“, die das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 „insbesondere im Bereich der Publikationenverteilung gebracht hat“, und was hält sie für den konzeptionellen Hauptansatz, um diese Erschwernisse zu beheben?

2. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wie lautet der Kabinettsbeschluß vom 13. Februar 1978 zur Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit der achten Legislaturperiode, und welches sind die nach ihm vorgesehenen wesentlichen Schritte im Anschluß an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts?

3. Abgeordnete Frau **Dr. Lepsius** (SPD)

Welches sind die – in Beantwortung meiner Fragen vom 31. Mai 1978 – herausgestellten „organisatorischen, finanziellen und personellen Gründe“, durch die sich die Bundesregierung gehindert sieht, das britische Vertriebsmodell über staatliche Informationsläden mit den für deutsche Verhältnisse erforderlichen Anpassungen zu übernehmen, und welche dieser Gründe sieht die Bundesregierung als behebbar, unter bestimmten insbesondere haushaltlichen Voraussetzungen behebbar und unbehebbar an?

4. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, einen Gutachterauftrag zur Prüfung ausländischer insbesondere auch des britischen Modells eines Informations- und Vertriebssystems zu vergeben und gegebenenfalls an wen?

5. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)

Welche Geltungsdauer, welche Verbindlichkeit und Kontrollmöglichkeit mißt die Bundesregierung dem „vorläufigen Beschluß“ der Pressesprecher von Bundesregierung und Landesregierungen zu, an Parteien Informationsmaterial nur noch zur Unterrichtung der eigenen Mitglieder zu verteilen?

6. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung ausreichend, „die bisherige Dimension der Information der Bevölkerung . . . aufrechtzuerhalten“, oder enthält nicht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Öffentlichkeitsarbeit auch Möglichkeiten einer Ausweitung der Information des Bürgers?

7. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die institutionelle Lösung der durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgeworfenen organisatorischen Fragen inzwischen auch zeitlich dringlich geworden ist?

| | |
|---|---|
| 8. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die sichtbare Informationspräsenz des Staates für den Bürger eines der entscheidenden Probleme des Demokratieverständnisses ist, und sieht sie nicht eine Bestätigung dieser Auffassung in der Tatsache, daß einige der Ursachen für die seit den Wahlen in Niedersachsen und Hamburg erkennbar gewordenen Veränderungen der Parteienlandschaft im nicht ausreichend befriedigten Informationsbedarf des Bürgers liegen? |

## Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

| | |
|---|---|
| 9. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU) | Trifft es zu, daß im Auswärtigen Amt eine Studie über die Rohstoffproblematik in den Nord-Süd-Verhandlungen erstellt wurde, in der weitere Zugeständnisse in den Fragen des Gemeinsamen Fonds empfohlen werden, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese einzelnen Empfehlungen? |
| 10. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD) | Haben deutsche Schiffe nach Kenntnis der Bundesregierung in Südostasien bereits Bootsflüchtlinge aufgenommen, und kann nach Ansicht der Bundesregierung deren Asylfrage zufriedenstellend gelöst werden? |
| 11. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD) | Hält die Bundesregierung die bestehende Verpflichtung für Reeder und Kapitäne zur Aufnahme von Bootsflüchtlingen auf hoher See für ausreichend, oder sind auf Grund der jüngsten Flüchtlingsbewegungen in Südostasien neue Anweisungen erforderlich? |
| 12. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU) | Treffen nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung Pressemeldungen (Bonner Generalanzeiger vom 15. Juni 1978) zu, wonach Flüchtlinge über die Existenz von Geheimlagern in der UdSSR berichtet haben, in denen zahlreiche Häftlinge aus den USA und europäischen Ländern festgehalten werden, und wie beurteilt die Bundesregierung bejahendenfalls diesen Sachverhalt? |
| 13. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU) | Haben sich Gremien der EG bereits mit diesem Vorgang befaßt, nachdem zu den Häftlingen dieser Geheimlager auch Bürger von EG-Ländern gehören, und gegebenenfalls in welcher Weise und mit welchem Ergebnis? |

## Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

| | |
|---|---|
| 14. Abgeordneter **Carstens** (CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, bei allen Gesetzen, durch die Bürger zu bestimmten Tätigkeiten verpflichtet werden, schätzungsweise Angaben darüber zu machen, wieviel Arbeitsstunden pro Jahr damit für den einzelnen betroffenen Bürger und wieviel Arbeitsstunden für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland insgesamt damit voraussichtlich verbunden sind? |

| | |
|---|---|
| 15. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU) | Treffen Presse- und Rundfunkmeldungen zu, die vor kurzem bundesweit Aufsehen erregt haben, wonach es trotz der strengen „lückenlosen" Sicherheitsmaßnahmen auf dem Frankfurter wie auch auf anderen Flughäfen ohne Schwierigkeit möglich ist, abgestellte Flugzeuge als kostenloses Nachtquartier zu benutzen, und wenn ja, ist die Bundesregierung dieser Tatsache nachgegangen, und zu welchen Erkenntnissen bezüglich der offenbar lückenhaften Sicherheitsmaßnahmen ist sie dabei gekommen? |
| 16. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU) | Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen um sicherzustellen, daß neben der „hochnotpeinlichen" Leibesvisitation der Fluggäste auch andere geeignete Maßnahmen zum Schutz vor Terroranschlägen auf Fluggäste und Flugzeuge ergriffen werden? |
| 17. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Verordnung nach § 27 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Abgabe der Emissionserklärungen der Betriebe) zu erlassen, damit Luftreinhaltepläne erstellt werden können, und wann ist gegebenenfalls mit dem Erlaß zu rechnen? |
| 18. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU) | Welche Gründe haben die Bundesregierung dazu bewogen, im Bereich der Wohnsiedlung „Fort Biehler" im Wiesbadener Vorort Kastel und nicht an einem anderen Ort im Rhein-Main-Gebiet eine Einsatzabteilung des Bundesgrenzschutzes zu stationieren? |
| 19. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU) | In welchem Umfang und mit welchem Ergebnis ist die „Aktion Bretagne" der Deutschen Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks (THW) durchgeführt worden, und mit welchen Finanzmitteln hat die Bundesregierung diese Aktion gefördert? |
| 20. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung ihre Aussage im Verfassungsschutzbericht 1976 (Seite 53), die verstärkte Tätigkeit von Neonazis stoße in der Öffentlichkeit durchweg auf schärfste Ablehnung und die wenigen Anhänger derartiger Gruppen stellten „kein ernstzunehmendes Potential für neonazistische Bestrebungen" dar, noch aufrecht? |
| 21. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung die Absicht, bei der Novellierung des Atomgesetzes den Umwelt- und Naturschutzverbänden ein gesetzlich verankertes Klagerecht einzuräumen (vgl. WAZ vom 12. Juni 1978)? |
| 22. Abgeordneter **Dr. Eyrich** (CDU/CSU) | Bedarf es nach Auffassung der Bundesregierung als Voraussetzung für die im Höcherl-Bericht angeregte Durchführung von Planspielen und Rahmenübungen aller bei der Terrorismusbekämpfung beteiligten Organisationseinheiten des Bundes und der Länder der Änderung des Grundgesetzes oder der Änderung sonstiger Rechtsvorschriften, und wenn ja, welcher? |
| 23. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD) | Trifft es zu, daß auf der einen Seite das Bundesinnenministerium auf Anfrage erklärt, es halte sich bei Einbürgerungen an das Prinzip der Einstaatlichkeit bzw. der Vermeidung von Mehrstaatlichkeit (diese Auskunft habe ich an Petenten in meinem |

Wahlkreis weitergegeben), auf der anderen Seite aber die Einbürgerung einer prominenten Person wie der Dr. Otto von Habsburgs möglich ist bei Beibehaltung der österreichischen Staatsangehörigkeit?

24. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um im Sommer 1979 eine unterschiedliche Zeitrechnung zwischen Deutschland und den meisten Ländern der Europäischen Gemeinschaft auszuschließen?

25. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Welche „politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen, die keine Rücksicht nehmen auf den Umweltschutz", meint die Bundesregierung im einzelnen auf dem vom Bundesinnenminister herausgegebenen Plakat zur Umweltbilanz unter der Überschrift „Ist Deutschland noch zu retten"?

26. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Mit welcher Rechtsbegründung kann für deutsche Vertriebene, insbesondere für Aussiedler, die durch das Grundgesetz und internationale Rechtsverpflichtungen, beispielsweise den politischen Menschenrechtspakt und die Europäische Menschenrechtskonvention, gewährleistete Freizügigkeit innerhalb der Bundesrepublik Deutschland durch „Verteilungsentscheidungen" über Menschen, durch „Einbeziehungsrichtlinien" und andere Richtlinien im Geltungsbereich des Grundgesetzes eingeschränkt werden (vgl. Arbeitsgemeinschaft der Flüchtlingsverwaltungen unter Mitwirkung des Bundesinnenministeriums 24./25. November 1977)?

27. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Stellung Berlins im Kulturaustausch mit den Ostblockstaaten angesichts der Tatsache, daß in dem Kulturabkommen mit diesen Staaten zwar die Frank-Falin-Klausel enthalten ist, offenbar aber erhebliche Schwierigkeiten vorhanden sind, Berlin in den praktischen Kulturaustausch einzubeziehen?

28. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Unter welchem Datum und mit welchem Text hat die Grenzschutzdirektion Listen des Bundesamts für Verfassungsschutz als Hintergrundwissen an die Grenzpolizeidienststellen geschickt, und wer hat die Verfügung abgezeichnet?

29. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Unter welchem Datum und mit welchem Text hat die Grenzschutzdirektion die als Hintergrundwissen versandten Listen des Bundesamts für Verfassungsschutz wieder von den Grenzpolizeidienststellen zurückgerufen?

30. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Treffen Berichte zu, nach denen Personen, die versehentlich der Befa-Berichterstattung unterliegen, die dort gesammelten Daten auch dann nicht löschen lassen können, wenn die Überwachung zugegebenermaßen aus Versehen erfolgte, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu unternehmen?

31. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Treffen Berichte zu, daß man bereits dann in die Befa-Überwachung geraten kann, wenn man seinen Personalausweis als verloren meldet, und was kann der betroffene Bürger nach Auffassung der Bundesregierung unternehmen, um von dieser Datenerfassung unterrichtet zu werden und diese gegebenenfalls wieder löschen zu können?

32. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, auf die Kultusminister der Länder mit dem Ziel einzuwirken, daß im Auftrag des südafrikanischen Apartheidregimes erstellte Filme, Tonbildschauen und Diareihen von den Listen der Landesfilmdienste bzw. Landesbildstellen gestrichen bzw. im Sinne didaktischer Konfrontation als eindeutig rassistisches Propagandamaterial gekennzeichnet werden, und wenn ja, was wird die Bundesregierung unternehmen?

33. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Welche besondere Qualität gegenüber dem bisherigen Bundesinnenminister, Prof. Dr. Werner Maihofer, besitzt der augenblickliche Bundesinnenminister, Gerhart Baum, daß er auf die Arbeitskraft eines zweiten Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium verzichten kann?

34. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Ergebnisse einer in der Presse als „Geheimstudie" bezeichneten Studie bekannt, wonach in der Elbe „merkliche und gelegentlich gefährliche Mengen radioaktiver Stoffe" nachzuweisen wären, und wie bewertet die Bundesregierung gegebenenfalls die Meßergebnisse?

35. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Trifft es zu, daß die in der Presse zitierten gefährlichen Mengen radioaktiver Stoffe auf den Betrieb der Kernkraftwerke Stade und Brunsbüttel zurückzuführen sind, und ergeben sich eventuell Konsequenzen für den Betrieb dieser Kraftwerke oder die Inbetriebnahme weiterer Kernkraftwerke an der Elbe?

## Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

36. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, angebliche oder tatsächliche kroatische Gewalttäter an die Behörden Jugoslawiens auszuliefern, obwohl die Konferenz der Katholischen Bischöfe Deutschlands, amnesty international und weite Teile der Bevölkerung aus humanitären Gründen wegen der Methoden der politischen Verfolgung in Jugoslawien ihre Bedenken dagegen angemeldet haben?

37. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung nicht für rechtsstaatlich einwandfreier, kroatische Straftäter, wenn sie vom Boden der Bundesrepublik Deutschland operieren, nach deutschem Recht, das sich an den Grundrechten des Menschen ausrichtet, aburteilen zu lassen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

38. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, um beim Aluminiumwerk Schwandorf der Vereinigten Aluminium-Werke AG, bei denen der Bund Hauptanteilseigner ist, die Arbeitsplätze zu erhalten?

39. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bewußt, daß der Rückzug eines Bundesunternehmens aus dem Grenzland und ein Verlust von 550 Arbeitsplätzen den Raum Schwandorf schwer treffen würden, nachdem durch die Umstrukturierung der Stahlindustrie in diesem Gebiet in den letzten Jahren über 2000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind und weitere 1500 Arbeitsplätze durch die Stillegung der Bayer. Braunkohlen-Industrie AG Schwandorf wegen Erschöpfung des Kohlevorkommens bis 1981 verloren gehen werden?

40. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

In welchem Umfang hat die Bundesregierung seit 1969 Kredite auf Grund von Kreditermächtigungen aufgenommen, die ihr nicht im Jahr der Inanspruchnahme sondern in vorausgegangenen Haushaltsjahren erteilt worden sind?

41. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, im Falle der Errichtung eines zweiten Bildungszentrums der Bundesfinanzverwaltung in einen grenznahen Raum zu gehen, um damit praxisorientiert und in einer besonderen Zuordnung auf die europäischen Bedürfnisse arbeiten zu können, und würde sie unter diesen Voraussetzungen die vielfältigen Möglichkeiten nutzen, die sich im Bereich des Hauptzollamts Aachen dafür anbieten?

42. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Welche Überlegungen existieren seitens der Bundesregierung, die Grunderwerbsteuer für solche Fälle aufzuheben bzw. stark zu reduzieren, in denen Gebäude unter Denkmalschutz stehen?

43. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wieviel Grundvermögen, auf dem ein Baurecht besteht, besitzt der Bund in München?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

44. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Meldungen der Weltbank, daß die Importe aus der südlichen Hemisphäre im Zeitraum von 1974 bis 1985 allein in der Bundesrepublik Deutschland 846 000 Arbeitsplätze fordern und im gleichen Zeitraum durch gesteigerte Exporte lediglich 400 000 Arbeitsplätze neugeschaffen werden, und welche Möglichkeiten sieht sie, um diese absehbare Entwicklung zu verhindern?

45. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß trotz der nach dem neuen Welttextilabkommen vereinbarten Exportselbstbeschränkungsverträgen – sie regeln die textilen Warenströme lediglich in mengenmäßiger Sicht – Preisunterbietungen bis zu 60 v. H. der Werksabgabepreise der europäischen Industrie die Regel sind, und deshalb trotz der mengenmäßigen Beschränkung von der deutschen Textilindustrie ein Höchstmaß von Rationalisierung und ständiger Umstrukturierung verlangt wird, und ist die Bundesregierung aus diesen Gründen bereit, die Textilindustrie stärker als bisher zu unterstützen?

| | | |
|---|---|---|
| 46. | Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß Frankreich den textilen Warenverkehr aus Ländern der Gemeinschaft durch eine Ursprungszeugnispflicht sowie auf der Grundlage des Artikels 39 des französischen Zollgesetzes behindert und daß die Maßnahmen offen gegen Artikel 30 des EWG-Vertrags verstoßen, und welche Gegenmaßnahmen hat die Bundesregierung vorgesehen, um Frankreich von diesen handelshemmenden Einfuhrpraktiken abzubringen? |
| 47. | Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD) | Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, schon jetzt gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz planerische und finanzielle Vorsorge zu treffen, daß die Folgewirkungen des von der VEBA geplanten Kraftwerkbaus im Raum Daaden-Weitefeld (Kreis Altenkirchen) im Blick auf die Veränderung der Infrastruktur und der Beschäftigungsstruktur (z. B. Minderung des Fremdenverkehrs) rechtzeitig aufgefangen werden können? |
| 48. | Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU) | Auf welchem Weg sind welche Mengen an Ziegeln aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland gelangt, für die keine der erforderlichen Gütenachweise und Überwachungsbescheinigungen vorliegen, so daß der hessische Minister des Innern veranlaßt war, im Rahmen der Baustellenüberwachung einzugreifen? |
| 49. | Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung an ihrer bisherigen Haltung fest, daß das „zweite Fenster" des Gemeinsamen Fonds nicht als zusätzliches Finanzierungsinstrument konstruiert werden darf? |
| 50. | Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung an ihrer bisherigen Auffassung fest, daß eine Finanzierung von internationalen Ausgleichszahlungen für Rohstoffe überwiegend durch Eigenkapital der Rohstoffabkommen (im Verhältnis zu Krediten) erfolgen muß? |
| 51. | Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung an ihrer bisherigen Auffassung fest, daß ein Gemeinsamer Fonds über keine Eigenmittel verfügen darf? |
| 52. | Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer bisherigen Aussagen Vorschläge, die die Verantwortlichkeit zwischen den einzelnen Rohstoffabkommen und einem Gemeinsamen Fonds verwischen und die dem Gemeinsamen Fonds Finanzierungs- und Managementfunktionen zuweisen? |
| 53. | Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die Bundesregierung plant, im Haushaltsentwurf für 1979 einen Titel für internationale Lagerhaltung für Rohstoffabkommen, über die bisher noch verhandelt wird, einzusetzen? |

54. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Welche Auflagen im Einzelnen hat die Bundesregierung mit der Vergabe von direkten Zuschüssen, Krediten und Bürgschaften an die saarländische Stahlindustrie verbunden oder gedenkt sie zu verbinden?

55. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der belgischen Regierungsvorlage zur Restrukturierung der Stahlindustrie eine Konzentration von Stahlweiterverarbeitung in Belgien und Luxemburg zu Lasten der Saar und dem belgischen Charleroi-Becken vorgeschlagen wird, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

56. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Gibt es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland keine Textilfirma, die nicht aus Bundesmitteln subventioniert wird?

57. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Für wieviel Textilfirmen wurden seit 1970 Bundesbürgschaften gewährt?

58. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Proteste aus den Reihen der Bauindustrie und des Baugewerbes zu der vorgesehenen Waren- und Materialeingangserhebung in der Bauwirtschaft bekannt, die nach deren Ansicht erhebliche Arbeitsbelastungen bringen und in keinem vertretbaren Verhältnis zu den Zielsetzungen dieser Statistik stehen, und ist die Bundesregierung bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

59. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Zeitungsmeldungen bestätigen, nach denen Teile der Kutterflotte aus Hamburg-Finkenwerder aus Angst vor Willkürhandlungen Polens in der Ostsee aus den dortigen traditionellen Fanggebieten in die Nordsee ausweichen, was darüber hinaus zu zusätzlichen wirtschaftlichen Problemen der Finkenwerder Kutterflotte führt, und welche Sofortmaßnahmen plant die Bundesregierung, um den Finkenwerder Fischern schnellstmöglich wieder einen ungefährdeten Fang in ihren traditionellen Fanggebieten in der Ostsee zu ermöglichen, und ist der Bundeskanzler bereit, persönlich bei dem polnischen Parteichef Gierek, der noch vor kurzem Gast in Hamburg war, zu intervenieren, um die für die deutschen Fischer unerträgliche Situation zu bereinigen?

60. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um ein teilweises Aussterben von Vogelarten, insbesondere von Zugvögeln, zu verhindern, und was unternimmt sie zu diesem Zweck auf europäischer Ebene (EG-Richtlinie über die Erhaltung der Vogelarten)?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

| | | |
|---|---|---|
| 61. | Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD) | Wie tragen die Hilfen der Bundesanstalt für Arbeit (Berufsberatung, Arbeitsvermittlung, Förderung der beruflichen Bildung) der besonderen Situation der ausländischen Jugendlichen Rechnung? |
| 62. | Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die bisher ergriffenen Maßnahmen ausreichen, um die jungen Ausländer beruflich zu integrieren? |
| 63. | Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Chance für eine weitere Ausweitung der bestehenden Maßnahmen zur beruflichen Integration der Kinder ausländischer Arbeitnehmer, und welche finanziellen Aufwendungen sind hierfür erforderlich? |
| 64. | Abgeordneter **Vogelsang** (SPD) | Inwieweit hat die Bundesregierung die in den Vorschlägen der Bund-Länder-Kommission zur Fortentwicklung einer umfassenden Konzeption der Ausländerbeschäftigungspolitik entwickelten Vorstellungen zur Integration der Kinder ausländischer Arbeitnehmer inzwischen realisiert? |
| 65. | Abgeordneter **Vogelsang** (SPD) | Wo müssen nach Auffassung der Bundesregierung die Schwerpunkte der Integrationsmaßnahmen liegen, um eine möglichst rasche gesellschaftliche und berufliche Integration der Kinder ausländischer Arbeitnehmer zu erreichen? |
| 66. | Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU) | Welche Gründe waren für die Bundesregierung maßgebend, auf Seite 102 ihres Sozialberichts 1978 (Drucksache 8/1805) von Vorausschätzungen der Ausgabenentwicklungen in den Jahren 1978 und 1982 lediglich bei den einzelnen Leistungsarten der gesetzlichen Krankenversicherung abzusehen, obwohl die Summen aller Sach- und Geldleistungen der Krankenversicherung auch für die Jahre 1978 und 1982 angegeben werden? |
| 67. | Abgeordneter **Schreiber** (SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, in dem in Vorbereitung befindlichen Fünften Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes eine Regelung zu schaffen, die den Konkursverwalter verpflichtet, allen Arbeitnehmern, insbesondere denen, die innerhalb der 3-Monatsfrist vor Eröffnung des Konkurses ausgeschieden sind, von der Eröffnung des Konkursverfahrens ihres Betriebs Mitteilung zu machen, um es dadurch den Arbeitnehmern zu ermöglichen, ihren Antrag auf Konkursausfallgeld unter Wahrung der Ausschlußfrist rechtzeitig zu stellen? |
| 68. | Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU) | Welche Kosten sind der Bundesregierung durch ihre Informationskampagne über den Regierungsentwurf zum 21. Rentenanpassungsgesetz durch Anzeigen und Beilagen in Millionenhöhe sowie ihre Informationsbroschüre in einer Startauflage von 100 000 Exemplaren entstanden, und wie hält die Bundesregierung eine solche Kampagne mit der von ihr immer wieder betonten Verpflichtung zur Beachtung des „Wirtschaftlichkeitsgrundsatzes" bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit für vereinbar? |

69. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung auch der Meinung, daß eine solche Informationskampagne über einen Gesetzentwurf nicht noch mehr Verunsicherung des Bürgers bedeutet?

70. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Aus welchem Grund und für welchen Personenkreis hat die Bundesregierung die seit kurzem im Umlauf befindliche Informationsfaltmappe, in der sie noch einmal ausführlich über ihre Informationskampagne berichtet, erstellen lassen, und welche Kosten sind allein durch diese Informationsmappe entstanden?

## Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

71. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß sich die Bundesregierung nunmehr definitiv für den Kauf des amerikanischen Aufklärungssystems AWACS entschieden hat, und wenn ja, warum wird dann z. B. noch der Bau von Tieffliegermeldesystemen wie z. B. in Kirchdorf (Landkreis Regen) bzw. eines Radarturms auf dem Arber vorangetrieben?

72. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Umsetzungsaktion von Hauptfeldwebeln zum Zweck der Bereinigung des Stellenplans, nämlich der Versetzung von Hauptfeldwebeln, die auf einer S-Stelle befördert worden sind, auf echte A 8 mA-Stellen, auf diejenigen zu beschränken, die dazu ihre Zustimmung geben, weil sie zum Beispiel darin die Chance einer weiteren persönlichen oder beruflichen Förderung erkennen können?

73. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Betreibt die Bundesregierung weiterhin den Ankauf landwirtschaftlich genutzten Geländes zur Erweiterung des Truppenübungsplatzes Achern, und könnte zutreffendenfalls vom Ankauf des Geländes Abstand genommen werden, indem die Bundeswehr auf weniger wertvolles Gelände ausweicht?

74. Abgeordneter **Fellermaier** (SPD)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung auf Grund des neuerlichen Schallmauerdurchbruchs im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben – Raum Günzburg – zu ziehen, damit der Wiederholungsgefahr bei Schallmauerdurchbrüchen begegnet werden kann?

75. Abgeordneter **Fellermaier** (SPD)

Wird es als ausreichend erachtet, den Flugzeugführern lediglich vorzuschreiben, daß im Luftraum unter 10 000 Metern lediglich das Durchbrechen der Schallmauer untersagt ist, ohne daß die Toleranzgrenze herabgezont wird, und ist beabsichtigt, den Flugzeugführern verbindlich vorzuschreiben, daß sie sich an eine Höchstgeschwindigkeit von beispielsweise 0,8 Mach zu halten haben?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

76. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

In welchen Bereichen können Maßnahmen der Jugendhilfe zugunsten ausländischer Kinder und Jugendlicher verstärkt werden, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hierzu?

77. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Wie schützt die Bundesregierung den deutschen Verbraucher vor Schweinefleisch aus dänischer Erzeugung, welches Arzneimittelrückstände enthält, nachdem in Dänemark, im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland, Tierarzneimittel einem Zeitungsbericht zufolge im Direktversand abgegeben werden und – dem gleichen Bericht zufolge – große Mengen an Antibiotika- und Hormonpräparaten laufend in der Tierernährung verwendet werden?

78. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Ist garantiert, daß in die Bundesrepublik Deutschland eingeführte ausländische Lebensmittel den gleichen strengen lebensmittelrechtlichen Vorschriften entsprechen wie bei uns, und was tut die Bundesregierung im Verneinungsfall, um daraus resultierende mögliche Wettbewerbsnachteile für die deutsche Landwirtschaft zu vermeiden?

79. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Denkt die Bundesregierung daran, den Entwurf für ein Gesetz vorzulegen, das den Psychologen und unter bestimmten Voraussetzungen auch anderen Berufsgruppen (vgl. Der Spiegel vom 12. Juni 1978) das Recht zubilligen soll, heilkundlich tätig zu werden?

80. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus alarmierenden Mitteilungen von Kinderärzten und Kinderpsychologen, wonach die Zahl der Kinder, die an Nervosität, Konzentrationsschwächen, Schulstreß, Lernschwierigkeiten, Leistungsabfall, an Milieuschädigungen und psychisch-somatischen Schäden zu leiden haben, immer mehr ansteigt und dadurch auch der Bedarf an Kindererholungsmaßnahmen und Kinderkuren groß ist, im Gegensatz dazu jedoch manche Kur- und Erholungseinrichtungen schließen müssen und vielfach unterbelegt sind, weil Krankenkassen und Sozialversicherungsträger Zuschüsse kürzen, bei Heilverfahren zwar großzügig, reine Erholungskuren dagegen kaum bezuschussen?

81. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher zur Ausführung des Beschlusses des Europarats vom 26. Januar 1976 über die Rechte der Kranken und Sterbenden unternommen, insbesondere im Hinblick auf die Forderung nach nationalen Untersuchungsausschüssen, die sich mit den ethischen und juristischen Fragen im Zusammenhang mit der Hilfe für Sterbende befassen sollen und im Hinblick auf nationale Appellationsausschüsse, die Beschwerden gegen medizinisches Personal wegen Fehlern oder Nachlässigkeiten in Ausübung seines Berufs prüfen sollen?

82. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die am 26. Januar 1976 vom Europarat verabschiedeten Erklärungen über die Rechte der Kranken und Sterbenden in ähnlicher Weise auch für die Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen, wie dies die Schweiz in ihren „Richtlinien für die Sterbehilfe" getan hat?

83. Abgeordneter **Dr. Hamman** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung Empfehlungen zur Diskussion in der Öffentlichkeit über die Absicht, das Taschengeld an Jugendliche durch bestimmte Richtsätze festzulegen, geben?

84. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Wieviel Anträge auf Zulassung beim Bundesgesundheitsamt sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahrs nach Inkrafttreten des neuen Arzneimittelgesetzes eingegangen, wieviel genehmigt und wieviel abgelehnt worden?

85. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung veranlaßt, den Zulassungsausschuß für neue Stoffe beim Bundesgesundheitsamt so spät zu berufen, daß die gesetzliche Bearbeitungsfrist von vier Monaten keinesfalls eingehalten werden konnte?

86. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, ihre verantwortlichen Beamten des Arzneimittelinstituts im Bundesgesundheitsamt einer möglichen strafrechtlichen Verantwortung z. B. wegen Aufforderung zu strafbaren Handlungen im Sinne vorsätzlichen Totschlags, vorsätzlicher Körperverletzung oder Verstoß gegen das Tierschutzgesetz durch spezifische Auflagen an Arzneimittelhersteller dadurch zu entziehen, daß auf den Mängelrügen bei Arzneimittelzulassungsanträgen die Unterschrift des verantwortlichen Beamten nicht geleistet werden soll, so daß eine personalisierte Zuordnung eventueller straf- und gegebenenfalls zivilrechtlicher Verantwortlichkeit durch Außenstehende nicht mehr möglich ist?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

87. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die von der Binnenschiffahrt erhobenen Forderungen eines besonderen Kredithilfeprogramms für die deutschen Partikuliere, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu ergreifen?

88. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie hat sich nach Auffassung der Bundesregierung in den vergangenen zwei Jahren der Wettbewerb zwischen der Deutschen Bundesbahn und der Binnenschiffahrt entwickelt?

89. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wann ist mit dem Vorliegen des vom Bundesverkehrsministerium in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Gutachtens über den Werkverkehr in der Bundesrepublik Deutschland zu rechnen?

90. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Informationen zu, daß die Regierung der Niederlande nach wie vor Transportübernahmen durch deutsche Binnenschiffer lizenziert und damit behindert, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine Harmonisierung der Vergabedingungen sicherzustellen?

91. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Überlegungen und Planungen zum Ausbau der A 55 bzw. des zweiten Kölner Autobahnrings bestehen zur Zeit?

92. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Können schon Angaben über Baubeginn und Fertigstellung dieser Autobahn gemacht werden?

| | |
|---|---|
| 93. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung das in Europa bisher einmalige neue Nahverkehrssystem „Rufbus" in Friedrichshafen, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraufhin in bezug auf ihre künftige Verkehrspolitik? |
| 94. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU) | Mit welchen Geschwindigkeitsbeschränkungen müssen die Autofahrer künftig auf dem Bundesautobahnzubringer B 13 neu zwischen München-Harlaching und der Einmündung in die Bundesautobahn München–Salzburg rechnen, und welche Konsequenzen muß die Bundesregierung hierzu aus jüngsten Gerichtsentscheidungen ziehen? |
| 95. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU) | Trifft es zu, daß der Ausbau der A 92 von München nach Deggendorf immer wieder hinausgezögert wurde, obwohl nach § 4 des Zonenrandförderungsgesetzes vom 5. August 1971 die Verkehrserschließung und Verkehrsbedienung im Zonenrandgebiet im Rahmen des Ausbaus der Bundesverkehrswege bevorzugt zu fördern ist, und bis zu welchem Zeitpunkt rechnet die Bundesregierung nunmehr mit der Fertigstellung der Autobahn von München nach Deggendorf? |
| 96. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU) | Bis wann ist mit dem Ausbau der B 462 im Zuge der Ortsdurchfahrt Langenbrand bzw. mit dem Bau einer Umgehung dieses Ortsteils zu rechnen, um schweren Verkehrsunfällen an diesem Straßenstück, wie sie sich in letzter Zeit wiederholt ereignet haben, vorzubeugen? |
| 97. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD) | Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um Behinderten, insbesondere Rollstuhlfahrern, das Reisen mit den Zügen und Bussen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost zu erleichtern, und welche weiteren Maßnahmen sind dazu geplant? |
| 98. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU) | Trifft es zu, daß bei den Überlegungen zum Bau einer neuen Bundesbahnstrecke von Köln nach Groß-Gerau die rechtsrheinische Trasse über Königswinter durch das Siebengebirge aus betriebswirtschaftlichen oder sonstigen Erwägungen nicht mehr weiter verfolgt wird? |
| 99. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU) | Wann kann endlich mit dem Baubeginn der B 42 im Bereich Bonn – Oberkassel – Königswinter gerechnet werden? |
| 100. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU) | Sieht sich die Bundesregierung in der Lage, angesichts der am 28. Mai 1978 in Kraft getretenen „Wechselseitigen Behandlung der Züge im Eingangsland" (WB-Lösung) im Zollamt Aachen-Bahnhof-West eine völlige Abfertigung zum freien Verkehr in der Bundesrepublik Deutschland vorzunehmen? |
| 101. Abgeordneter **Peiter** (SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die B 255 in der Ortsdurchfahrt Rehe zu einer Rennstrecke geworden ist, die in den letzten Jahren sieben Verkehrstote, darunter vier Kinder, gefordert hat, und wird sie Maßnahmen ergreifen, diese Gefahrenstelle zu entschärfen? |

102. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Inwieweit wird das Bundesverkehrsministerium dafür Sorge tragen, daß im Zusammenhang mit dem geplanten 6-spurigen Ausbau der Bundesautobahn zwischen Stuttgart und dem Albaufstieg (Bundesautobahn Stuttgart – München) im Bereich der Gemeinde Denkendorf Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden, und inwieweit wird die Bundesregierung eine Übernahme der aus diesen Lärmschutzmaßnahmen resultierenden Kosten vornehmen?

103. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, denenzufolge die Bundesregierung die Absicht hat, generell keinen Ausbau von Bundeswasserstraßen mehr vorzunehmen?

104. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Würde ein solcher Beschluß der Bundesregierung auch den Ausbau und die Erhaltung des Elbe-Lübeck-Kanals berühren?

105. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die bisherigen Rechtsgrundlagen für Bahnpolizei und Fahndungsdienst der Deutschen Bundesbahn ausreichen, oder wird sie insbesondere im Zusammenhang mit der Einbeziehung der Bahnpolizei und des Fahndungsdienstes in die Terrorismusbekämpfung umgehend für eine entsprechende Verbesserung der Rechtsgrundlagen sorgen?

106. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Ist der Bundesverkehrsminister angesichts der hohen Unfallgefahr von zunächst nur halb ausgebauten Bundesautobahnen – wie sich dies insbesondere auf der Inntal-Autobahn zwischen Rosenheim und Kufstein in der ersten Zeit als einbahniger Ausbau gezeigt hat – bereit, auch unter Berücksichtigung der niedrigeren Gesamtbaukosten, einen sofortigen zweibahnigen Ausbau der Autobahnstrecke Inntal-Dreieck – Wasserburg in Erwägung zu ziehen?

107. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Wie weit sind die Überlegungen der Deutschen Bundesbahn im Hinblick auf die Beibehaltung der Strecke Rosenheim – Wasserburg – Mühldorf gediehen, insbesondere im Hinblick darauf, daß für die Stadt Wasserburg, vornehmlich für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung eine Anbindung an das Netz der Deutschen Bundesbahn unabdingbar ist?

108. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Ist es zutreffend, daß die Deutsche Bundespost bei der Auswahl von Arbeitern für den Paketdienst in Bremen ein Höchstalter von 45 Jahren festgesetzt hat, und wenn ja, wie begründet die Deutsche Bundespost diese Einstellungspraktik mit der sonst von der Bundesregierung befürworteten Eingliederung älterer arbeitsloser Arbeitnehmer?

109. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, durch die Errichtung von ortsfesten Relaisstationen für eine Erweiterung des Seefunks auf den Oberelbe- und Elbe-Seitenkanalbereich zu sorgen, nachdem die Praxis erwiesen hat, daß der nautische Revierfunkdienst einen nur begrenzten Nutzen hat – insbesondere keinen

Sprechverkehr über das öffentliche Fernmeldenetz ermöglicht – und daß der öffentliche bewegliche Landfunkdienst wegen der hohen Anschaffungs- und Betriebskosten von der Binnenschiffahrt kaum genutzt werden kann?

110. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in Verhandlungen mit der DDR darauf hinzuwirken, daß der Funkverkehr von Binnenschiffen, die in der Bundesrepublik Deutschland registriert sind, auch auf dem Gebiet der DDR zugelassen wird, wobei eine Koordinierung der Funkfrequenzen kein ernsthaftes Hindernis darstellen darf?

111. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie verträgt sich die ohne Wissen der Betroffenen von der Post praktizierte Zusammenfassung von Telefonanschlüssen zu sogenannten „Wählsternen" und die damit verbundenen erheblichen Erschwernisse dieser Telefonkunden der Deutschen Bundespost mit der ständigen Werbung für neue Telefonanschlüsse, und wie vertritt es die Deutsche Bundespost vor diesen Postkunden, daß sie die gleichen Gebühren zu zahlen haben, wie die Inhaber normaler Telefonanschlüsse?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

112. Abgeordneter **Carstens** (CDU/CSU)

Wieviel Arbeitsstunden müssen die betroffenen Bürger schätzungsweise insgesamt aufwenden, um die in dem Wohnungsstichprobengesetz 1978 vom 17. Dezember 1977 von ihnen geforderten Angaben zu machen?

113. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Durch welche Maßnahmen stellt die Bundesregierung sicher, daß die Normen für behindertengerechtes Bauen (DIN-Norm 18021–25) auch tatsächlich im öffentlichen wie im privaten Sektor eingehalten werden?

114. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Dr. Seelke im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, die im Band 58 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Seite 12/13, nachzulesen ist, daß „die Wiedererreichung der Vollbeschäftigung nur um den Preis einer drastisch erhöhten Abwanderung aus strukturschwachen Randgebieten der Bundesrepublik Deutschland in die strukturstarken erreicht werden kann"?

115. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung ebenfalls als Konsequenz eine Änderung der regionalen Förderungspolitik „und zwar kurzfristig durch Untergliederung der Fördergebietskulissen nach der Strukturschwäche, räumliche Konzentration der öffentlichen Investitionstätigkeit und -hilfen auf wenige Oberzentren bzw. größere Mittelzentren, langfristig durch Entwicklung neuer Organisationsformen der öffentlichen Infrastrukturversorgung, veränderte Förderpraxis zur Erhaltung der Siedlungsstruktur im ländlichen Raum und neue Schlüssel für die Finanzzuweisung"?

116. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung damit für den Regierungsbezirk Niederbayern, insbesondere in bezug auf den Bundesfernstraßenbau und andere Bauinvestitionen?

117. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Unterlagen über die wirtschaftliche Situation der Vermieter von Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland und über die soziologische Struktur dieses Personenkreises?

118. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten bestehen nach dem Städtebauförderungsgesetz, daß den Mietern von Wohnungen im Sanierungsgebiet Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln erstattet werden, die sie im Lauf der Zeit zur Werterhaltung oder Verschönerung ihrer Mietwohnung geleistet haben?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

119. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung, nachdem die Bundesrepublik Deutschland Mitglied des internationalen Komitees für Antarktisforschung geworden ist, in diesem Bereich tätig zu werden, und welches sind die Ziele der deutschen Antarktisforschung?

120. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Welcher Standort ist als Basis für die deutsche Antarktisforschung vorgesehen, und bei welcher bestehenden Einrichtung soll diese angesiedelt werden?

121. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

In welchem Umfang werden die von der Zentralstelle für Atomkernenergiedokumentation angebotenen Informationsdienstleistungen im Rahmen des Fachinformationszentrums Energie-Physik-Mathematik durch Benutzer aus Staat und Wirtschaft genutzt, und welche Erfahrungen liegen bisher über die Abwicklungsdauer von Kundenwünschen vor?

122. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die ZAED Informationsdienstleistungen, die sie in ihrem Fachinformationsdienst Energie-Physik-Mathematik anbietet, nicht durchführt, obwohl Bestellungen aus der Wirtschaft vorliegen?

123. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß trotz des nach einer Meldung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12. Juni 1978 verfügten Baustopps die Versuchs- und Demonstrationsstrecke für ein Magnetbahnsystem für die internationale Verkehrsausstellung in Hamburg errichtet wird, obwohl im Planfeststellungsbeschluß ein Abbau der Anlage bereits bis Ende 1979 gefordert wird?

124. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche Zeit steht nach Auffassung der Bundesregierung unter diesen Voraussetzungen zur Verfügung, wenn „Verhalten und Einstellung des Benutzers zu diesem neuartigen Bahnsystem im Zusammenhang mit der Demonstration in Hamburg ermittelt werden sollen"?

| | | |
|---|---|---|
| 125. | Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU) | Für welchen anderen Ort ist der Aufbau und die weitere Nutzung dieser Demonstrationsanlage vorgesehen, und wie weit ist dort das Baugenehmigungsverfahren zur Errichtung dieser Anlage? |
| 126. | Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU) | Welcher Art sind die Erkenntnisse, die das Projekt erbracht hat, soweit sie für „Fortführung des Programms und die Umsetzung der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse in die praktische Anwendung von großer Bedeutung sind"? |
| 127. | Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU) | Sind der Bundesregierung Gruppen von Kernenergiegegnern in Kernforschungszentren, die vom Staat finanziert werden, bekannt? |
| 128. | Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU) | Welchen Zugang haben insbesondere Gruppen von Kernenergiegegnern im Kernforschungszentrum Karlsruhe und im Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg zu sensitiven Anlagen? |
| 129. | Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD) | Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie hoch bei der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague, in der Brennelemente aus deutschen Leichtwasserreaktoren aufgearbeitet werden sollen, die Plutoniumsverluste (MUF) sind? |

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

| | | |
|---|---|---|
| 130. | Abgeordneter **Urbaniak** (SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf die Verbesserung der schulischen Betreuung der ausländischen Kinder einzuwirken, und wie hat sie diese Möglichkeiten bisher genutzt? |
| 131. | Abgeordneter **Urbaniak** (SPD) | Inwieweit sind bei Modellförderungen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung Fragen der schulischen Betreuung von Kindern ausländischer Arbeitnehmer berücksichtigt, und welche Ergebnisse sind dabei erzielt worden? |
| 132. | Abgeordneter **Urbaniak** (SPD) | Erlaubt die Zusammenarbeit mit den Ländern eine Intensivierung der Modellarbeit und Übernahme der Ergebnisse in die schulische Praxis? |

Bonn, den 16. Juni 1978